

h. 7. 20.
In Circulation
zurück am 6. VII 20.
E. G.

Politischer Bericht No. 50/20.

=====

Berlin, den 30. Juni / 1. Juli 1920.

Herr Bundespräsident,

Das diplomatische und bis zu einem gewissen Grade auch das politische Ereignis des Tages bildet die plötzliche Ankunft des neuen Nuntius Monsignore Pacelli, der heute oder morgen sein Beglaubigungsschreiben dem Reichspräsidenten überreichen soll und der schon auf Donnerstag abend eine Anzahl Diplomaten zu sich zum Diner geladen hat. Die Gesichtspunkte, nach welchen die Auswahl für diese Einladung erfolgte, bilden natürlich den Gegenstand des allgemeinen Interesses der diplomatischen Kreise. Ich weiß nicht, ob ich die Ladung, die mir zugegangen ist, auf Rechnung der neu zu errichtenden Nuntiatur in Bern oder auf meine früheren persönlichen Beziehungen zum Vatikan zu setzen habe. Wichtiger als diese Frage ist aber der andere Zweck der so unvermittelt

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident Motta,

Bern.



- 2 -

eingesetzten Aktion des Nuntius; offenbar soll auf diesem kürzesten und einfachsten Wege die Frage wegen des Dekanates gelöst und durch die Anciennität bewirkt werden, daß der apostolische Nuntius ohne weiteres der Doyen des diplomatischen Korps sein wird. Diese Lösung liegt nicht nur im Interesse des Vatikans, der darauf hält, den Doyen zu stellen und der keinen Einbruch in das hergebrachte Protokoll riskieren will, sondern sie entspricht auch den Wünschen des deutschen Auswärtigen Amtes, welches auf diesem Wege die Abmachungen der Alliierten durchkreuzt, die bekanntlich dahin gingen, daß der französische Botschafter Doyen in Berlin werden solle. Wie man sich bei den Alliierten zu diesem kleinen Staatsstreich stellen, ob man gute Miene zum bösen Spiel machen oder wieder einen Teil von Deutschland besetzen wird, um den Willen des obersten Rates durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Für die Unbeteiligten wirkt dieser Wettlauf nach dem Dekanate überaus erheitend und es ist den Deutschen zu gönnen, daß die Vatikanische Vigilanz ihnen einen vorläufigen Erfolg gebracht hat in einer Frage, in welcher zwar keine Weltinteressen auf dem Spiele stehen, deren andere Lösung aber doch der Deutschen Regierung mancherlei Widerwärtigkeiten hätte bringen können. Herr Laurent, der neue französische Botschafter, hätte morgen in Berlin ankommen sollen - ob er nun seine Abreise nicht verschieben wird, nachdem sein Konkurrent als Erster durchs Ziel gegangen ist, bleibt abzuwarten. Anlässlich eines Empfanges beim französischen Geschäftsträger, an dem ich gestern abend teilgenommen habe, meinte Herr de Marcilly "de cette façon

- 3 -

la question du décanat sera tranchée d'une manière très simple." Diese Bemerkung würde darauf schließen lassen, daß die französische Diplomatie bereit wäre, die Priorität des Nuntius als fait accompli anzuerkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Im übrigen steht Berlin natürlich unter dem Zeichen der Eröffnung des Reichstages und der Vorbereitungen für die Konferenz in Spa a . Ueber das erstgenannte Ereignis ist wenig zu sagen: Die Erklärungen der neuen Regierung enthalten nichts Neues und nichts Weltbewegendes, sie laviieren so glücklich als möglich zwischen den unzähligen politischen Klippen hindurch und haben infolgedessen weder großen Widerspruch noch begeisterten Beifall gefunden. Direkt ablehnend verhält sich eigentlich nur die Presse der äußersten Rechten, die Deutsche Tageszeitung, während die Unabhängigen achselzuckend auf der Seite stehen. Beides ist verständlich, denn zweifellos enthält das Kompromißprogramm der Regierung weit mehr Verbeugungen nach links als nach rechts und läßt so erkennen, daß der Regierung an der Duldung durch die Sozialdemokratie mehr liegt als an der Liebe der Rechten, Ich habe die Rede des Reichskanzlers von Anfang bis zu Ende angehört und konnte feststellen, daß er bei dem Appell an die Solidarität aller Patrioten ziemlich allgemeine Zustimmung gefunden hat. Im übrigen hatte ich sehr den Eindruck, daß im Kanzler der "homme vaincu, mais pas convaincu" sprach, dessen Herz und Verstand sehr

- 4 -

deutlich nach der ersten Liebe, der Koalition mit den Sozialdemokraten, gerichtet sind. Die Aufnahme, welche die Erklärung in der Oeffentlichkeit gefunden hat, entspricht derjenigen im Parlament: Niemand ist recht befriedigt, aber jedermann sieht ein, daß vor der Hand Besseres, überhaupt anderes, nicht erhältlich ist.

Ueber die Stellungnahme der neuen Regierung zur Konferenz in S p a a hat noch gar nichts verlautet, da die Beratung im Kabinett erst gestern begonnen hat. Aus der Tatsache, daß die Delegierten bereits ernannt sind, ist aber wohl zu schließen, daß die Deutschen unter allen Umständen nach Spaa gehen werden. Ob nur ad audiendum oder zu aktiver Betätigung, wird ganz von den Zusicherungen abhängen, welche von der anderen Seite erteilt werden. Nach dem Eindrucke, den ich in den letzten Tagen aus Besprechungen mit einem höheren Beamten des Ministeriums des Auswärtigen hatte, werden sich die deutschen Delegierten auf die Darlegung der deutschen Gesichtspunkte nur dann einlassen, wenn ihnen die formelle Zusicherung gegeben wird, daß noch keine bindenden und präjudiziellen EntschlieBungen der Alliierten vorliegen. Ob eine solche Zusicherung gegeben werden kann, hängt wohl von den Vorberatungen in Brüssel ab, die ja in den nächsten Tagen intra socios beginnen sollen.

Nachdem Vorstehendes bereits geschrieben war, hat sich mir die Gelegenheit geboten, den neuen Minister des

Auswärtigen über die Absichten der deutschen Regierung für Spaa zu sprechen. Er sagte mir, daß die Besprechungen im Schoße des Ministeriums noch nicht abgeschlossen seien und daß er mir deshalb nur seine persönliche Meinung sagen könne, die dahin gehe, daß die deutschen Delegierten unter allen Umständen nach Spaa gehen und dort versuchen sollen, ihren Standpunkt und ihr Beweismaterial auseinanderzusetzen. Alsdann werde es sich zeigen, ob auf der anderen Seite überhaupt der ernstliche Wille bestehe, zu einer Verständigung zu gelangen. An die Forderung einer Revision des Versailler Vertrages denke der Minister gar nicht. Deutschland befinde sich in der Lage des Concurstiten, der sich um einen Zwangsvergleich bemühe. Wenn die Alliierten geneigt seien, diejenigen Grundsätze, welche in allen Ländern für die Zwangsvergleiche angewendet werden, gelten zu lassen, dann werde man sich verständigen können, denn die deutsche Regierung sei bereit zu geben, w a s s i e ü b e r h a u p t g e b e n k ö n n e . Andererseits werde die deutsche Regierung unter gar keinen Umständen sich zu einem Vergleich pressen lassen, für dessen Erfüllung sie nicht mit gutem Gewissen einstehen könne. "Ich bin mir bewußt ~~und gewillt~~ - so sagte Simons wörtlich - daß wir unser Volk durch eine Wüste von Jahrzehnten führen, wenn wir dasjenige bieten, was wir für m ö g l i c h h ä l t e n , a b e r ich bin bereit, diese traurige Konsequenz aus dem Friedensvertrag zu ziehen. Dagegen lehne ich es ganz entschieden ab, mehr zu versprechen, als ich glaube geben zu können, in der Hoffnung,

- 5 -

daß in einigen Jahren die politischen Verhältnisse die heutigen Zusagen doch hinfällig machen werden."

Ich habe bei dieser Besprechung den allerbesten Eindruck über die Auffassung und die Absichten des Ministers gewonnen.

Einen sehr bösen Auftakt für die Verhandlungen in Spaa bilden die drei Noten der Alliierten betreffend die **E n t w a f f n u n g**. Man hat ja die Grundlinien der Erklärungen vorausgesehen, aber man ist doch überrascht und erbittert über den kategorischen und imperativen Ton und namentlich auch darüber, daß kein genügendes Ventil geöffnet wird für die Verwendung der Sicherheitswehr als Polizeitruppe. Wenn die Entwaffnungsnoten in dieser Richtung das letzte Wort der Entente bedeuten, dann ist an eine Verständigung in Spaa nicht zu denken. Sie haben den Inhalt des Interview gelesen, welches Herr Reichswehrminister **G e s s l e r** dem hiesigen Vertreter der "Basler Nachrichten" gewährt hat. Der Inhalt dieser Erklärung ist ja natürlich zunächst für die Entente berechnet, aber ich weiß aus einer persönlichen Rücksprache mit Herrn Geßler, daß es ihm wirklich Ernst ist und daß er das Reichswehrministerium nicht beibehalten wird, wenn man ihn in die faktische Unmöglichkeit versetzt, Ruhe und Ordnung im Reiche aufrecht zu erhalten. Diese Bedenken erscheinen gerade im gegenwärtigen Augenblicke mehr als begreiflich, wo im ganzen Lande Revolten ausbrechen wegen der Teuerung der Lebensmittel und wegen des Lohnabzuges von 10 % für die Steuer.

Wir machen tatsächlich wieder eine sehr kritische Zeit durch, in welcher wieder mehr oder weniger alles in diesem unglücklichen Lande in Fluß geraten ist: Zunehmende Teuerung aller lebenswichtigen Bedarfsartikel trotz des Steigens der Valuta, rapid gesteigerte Arbeitslosigkeit wegen des Steigens der Valuta und dazu noch die innerpolitischen Schwierigkeiten, die wachsende Erregung der Massen wegen den möglichen Folgen der Konferenz in Spaa und vor allem der M a n g e l an sehr wichtigen Lebensmitteln, der ja für den Monat Juni und Juli immer vorausgesehen war, der aber doch das erwartete Maß zu übersteigen scheint.

Ich lasse hier einige Mitteilungen aus den Berichten des Staatskommissärs folgen über die innere Lage.

"Aus verschiedenen Teilen des Reiches liegen Meldungen vor, daß die hohen Lebensmittelpreise und das Einbehalten der 10 % von den Löhnen und Gehältern in allen Kreisen der Arbeiter und Angestellten eine Gärung erzeugt haben, die sich zunächst in Demonstrationen und Protesten, teilweise aber auch in argen Ausschreitungen kundgibt. So wird berichtet, daß an einer Versammlung gestern nachmittag in Frankfurt a/M. 40 000 Personen teilnahmen, um gegen die allgemeine Teuerung und den Lohnabzug einmütigen Protest zu erheben. Die Versammlung nahm einen durchaus ruhigen Verlauf, sodaß ein Eingreifen der Sicherheitsorgane nicht erforderlich war.

Nach einem Bericht aus Nordbayern greift dort eine starke Erregung wegen des Lohnabzugs unter den Arbeitern

in verschiedenen Städten Platz. Daß die Kommunisten die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, die Bewegung wirtschaftlichen Charakters für ihre politischen Zwecke auszunutzen, ist aus einem Flugblatt zu ersehen, das in Regensburg verteilt wurde. In diesem Schriftstück wird die Arbeiterschaft aufgefordert, die Steuerabgabe in Form eines Lohnabzugs unbedingt zu verweigern. Zugleich wird die sofortige Beschlagnahme der Kriegsgewinne, eine entsprechende Besteuerung der Besitzenden sowie die Enteignung der Produktionsmittel und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen verlangt. Zum Schluß fordert die Kommunistische Partei (Spartakusbund) der Ortsgruppe Regensburg die gesamte Arbeiterschaft auf, mit ihr fest und einig zusammenzustehen gegen die Regierung, die an der Arbeiterschaft einen gewaltsamen Raub zu vollführen beabsichtige.

Auch in Schweinfurt wurde in einer auf dem Marktplatz abgehaltenen Volksversammlung gegen die Ungerechtigkeit der neuen steuerlichen Belastung Einspruch erhoben, wobei als selbstverständlich angesehen wurde, daß die Verschlechterung der Lebenshaltung infolge der verringerten Lohnauszahlung nur durch entsprechend gesteigerte Lohnforderungen ausgeglichen werden könnte. Im übrigen gelobten die Versammelten, mit aller Kraft für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland einzutreten.

Aus Hamburg und Bremen wird mitgeteilt, daß die Lage dort wiederum beruhigt sei, nachdem gegen die Plünderer und Radaulustigen mit energischen Maßnahmen vorgegangen wurde.

Man dürfe annehmen, daß es zu neuen Ausschreitungen nicht kommen werde, solange wenigstens die zu Tumulten geneigte Menge wisse, daß die Sicherheitspolizei ihrem Treiben gegenüber nicht in einer passiven Rolle verharren würde.-

Die Gefahr weiterer örtlicher Lebensmittelunruhen besteht aus Anlaß der Teuerung nach wie vor. Die treibende Kraft zu den Ausschreitungen sind bisher in erster Linie die Arbeitslosen gewesen. Daß von Anhängern der linksradikalen Parteien solche Ausschreitungen für ihre Zwecke ausgenutzt werden, wie es in Hamburg der Fall, ist naheliegend. Für Groß-Berlin scheint zunächst eine Gefahr in dieser Richtung nicht vorzuliegen; eine ständige polizeiliche Ueberwachung der Wochenmärkte und der besonders in Betracht kommenden Straßenzüge ist trotzdem angeordnet worden."

Beiliegend finden Sie einen Ausschnitt aus der heutigen Deutschen Zeitung, in welchem die gestern gemeldeten Unruhen zusammengestellt sind. Dazu sind inzwischen die starken Zusammenstöße in Lübeck und anderorts gekommen. Weiter lege ich bei den Durchschlag eines Berichtes, den mir Herr Legationssekretär Zetter unter dem 29.v.M. erstattet hat über die zunehmende Arbeitslosigkeit in den großen Fabriken von Ludwigshafen und Mannheim.

In meinem letzten Berichte hatte ich auf einen Artikel des Lokalanzeigers verwiesen, in welchem genaue Angaben gemacht waren über die Organisation und Bewaffnung der

- 10 -

R o t e n A r m e e in Deutschland. Diesen Ausführungen tritt der Staatskommissär für öffentliche Ordnung durch folgende Erklärung entgegen:

"Der im "Lokal-Anzeiger" unter der Ueberschrift "Die Rote Armee" am 26. Juni d.J. gebrachte Artikel über einen neuen Linksaufstand ist im Wesentlichen als ein Phantasieprodukt zu bezeichnen und verrät durch seine Aufmachung den Versuch, neue Unruhe in die Bevölkerung zu bringen. Die darin enthaltenen Angaben über Organisation und Bewaffnung einer in Deutschland befindlichen Roten Armee sind teilweise ganz falsch, teilweise erheblich aufgebauscht. Zunächst kann allgemein behauptet werden, daß solche festorganisierten Verbände, wie sie in Kiel, Hamburg, Berlin, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet vorhanden sein sollen, in Wirklichkeit gar nicht bestehen. Genaue Feststellungen haben ergeben, daß an einzelnen Orten allerdings Verbindungen von linksgerichteten Arbeitern bestehen, die einem bewaffneten Aufstand dienen sollen. Ihre organisatorische Stärke ist jedoch gering; sie haben solange keine Bedeutung, wie ihnen nicht ein Kraftzustrom aus der breiten Masse der Arbeiterschaft zufließt. Das wird aber zurzeit nicht eintreten, da die Arbeiterschaft für neue Putsche nicht zu haben ist. Auch die jetzt in verschiedenen Städten Deutschlands ausgebrochenen Lebensmittelunruhen sind nicht dahin zu deuten, als wenn nun in der Arbeiterbevölkerung Neigung zu gewaltsamen Aufständen bestehe.

- 11 -

Der Waffenbesitz der Arbeiterschaft ist sehr gering und entspricht keinesfalls den im Artikel gemachten Angaben. So wird vom Ruhrgebiet behauptet, daß den Aufständischen 40 000 Gewehre der Einwohnerwehren in die Hände gefallen seien und daß sie außerdem 80 000 Gewehre besessen hätten. Letzteres ist falsch. Der Waffenbesitz, der in den Händen der Arbeiterschaft sich befand, war außerordentlich gering, und wenn bis jetzt dort 44 000 Gewehre, 350 Maschinengewehre und Geschütze von der Reichswehr und der Sicherheitspolizei eingebracht worden sind, so dürfte dadurch im Wesentlichen das Ruhrgebiet entwaffnet sein."

Diese Meldungen scheinen zu zeigen, daß wohl zur Zeit eine gewaltsame Umwälzung aus politischen Gründen nicht angestrebt wird, weil die Sache nicht genügend vorbereitet ist und weil man die Entwicklung der Dinge im Osten und wohl auch im Orient und in Italien abwarten will. Dagegen muß noch auf längere Zeit mit der häufigen Wiederkehr und mit einer Verschärfung von lokalen Hungerrevolten gerechnet werden, denen sich Streikbewegungen anschließen dürften. So macht das Personal der Bahnen in Berlin gerade gegenwärtig wieder sehr stark an einem Streik herum. Solche lokalen Ereignisse können natürlich in der gegenwärtigen Zeit der höchsten Erregung und Nervosität leicht zu allgemeinen Unruhen führen, deren Konsequenzen kein Mensch voraussehen kann. Darin liegt die Gefahr der augenblicklichen Lage. In den Kreisen der hiesigen Ententediplomaten rechnet man mit dem Eintritt von größeren

- 12 -

Unruhen, welche den Zweck haben sollten, ad oculos der Alliierten zu demonstrieren, daß die größere Truppenzahl unerlässlich ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung; man rechnet in jenen Kreisen sogar damit, daß die Regierung diese Bewegung fördern werde, was ich absolut nicht glaube. Wie man im Auswärtigen Amte die m i l i t ä r i s c h e L a g e i m O s t e n b e u r t e i l t , zeigt Ihnen der beiliegende Ausschnitt aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung von heute. Selbstverständlich wird hier gewünscht, daß ein allfälliger Enderfolg der Bolschewisten nicht zu rasch und nicht zu vollständig eintrete und diesem Wunsche scheint die augenblickliche militärische Lage zu entsprechen. Aus dem Munde eines Ententediplomaten - nicht aus den Kreisen einer der fünf Allgewaltigen - höre ich, daß die Befürchtung besteht, Polen werde sich auf die Dauer nicht halten können, sondern dem Ansturm des Bolschewismus von außen und innen erliegen. Unter diesem Gesichtspunkte seien auch die Bestrebungen zu beurteilen, zu einer Verständigung zwischen den Russen und Polen zu gelangen.

Die A b s t i m m u n g i n O s t - u n d W e s t p r e u ß e n soll also am 11. Juli stattfinden. Man sieht hier dem Ausgang mit großer Zuversicht entgegen. Ganz anders liegen die Dinge in Oberschlesien, das natürlich wirtschaftlich für Deutschland viel wichtiger ist. Dort wird am Ergebnis der Abstimmung auf deutscher Seite so stark gezweifelt,

- 13 -

daß man tatsächlich bereit wäre, in eine politische Ablösung Oberschlesiens und Schaffung eines autonomen Gebildes zu willigen, wenn die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland zugesichert würde. Man sagt mir, daß England und namentlich Italien mit dieser Lösung einverstanden wären, wogegen Polen Himmel und Hölle dagegen in Bewegung setze und Frankreich seinem Schützling zur Seite trete. Immerhin stehe selbst Frankreich auf dem Standpunkte, daß von einer wirtschaftlichen Angliederung an Polen dann nicht die Rede sein könne, wenn es den Deutschen gelinge, den Nachweis zu leisten, daß es ohne die oberschlesischen Rohprodukte wirtschaftlich nicht bestehen könne.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die
Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Blantz.

Beilage.